

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 09.05.2019, im Kleinen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:40 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht über die Arbeit der Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf	065/2019 6
3.	Jobcenter Kreis Warendorf Sachstandsbericht	063/2019 7
4.	Jobcenter Kreis Warendorf Tätigkeitsbericht aus dem Sachgebiet Passive Leistung	064/2019 8
5.	Sozialhilferechtliche Behandlung von Bestattungsvorsorgeverträgen	068/2019 9
6.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Aufnahme von Tagesordnungspunkten für den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Kreises Warendorf	058/2019 10
7.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erstellung eines Sozialberichtes für den Kreis Warendorf	078/2019 12

8. Anfrage "Genitalverstümmelung" Mai 2019 der AfD Kreistagsfraktion **080/2019** **14**

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Änderung der Vereinbarungen mit den Frauenberatungsstellen in Beckum und Warendorf **019/2019** **15**

Anlagen

- Anlage 1 Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf
Anlage 2 Sachstandsbericht des Jobcenters
Anlage 3 Sachstandsbericht aus dem Bereich Passive Leistungen
Anlage 4 Berücksichtigung einer angemessenen Bestattungsvorsorge bei der Gewährung von Sozialhilfe

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Aydemir, Ergül	
Blömker, Franz-Ludwig	
Geiger, Andrea	
Harrendorf-Vorländer, Birgit	
Hein-Kötter, Dorothea	
Heringloh-Poll, Norbert	
Hohmann de Palma, Ingrid	
Hövelmann, Volker	
Lehnert, Susanne, Dr.	
Riveiro Vega, Sandra	
Schindler, Ron	
Schmelter, Marion	bis 11.18 Uhr
Steinkolk, Uwe	
Stöppel, Gregor	
Strecker, Rita	
Strübbe, Robert	
von der Verwaltung	
Heisener, Kornelia	
Hückelheim, Wolfgang, Dr.	
Klausmeier, Brigitte	
Lensing-Schlautmann, Rita	
Middendorf, Anne	
Röttger, Kirsten	
Schabhüser, Helmut	
Schlicker, Ilona	
Schmale, Rüdiger	
Seidel, Ansgar, Dr.	

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Birkhahn, Astrid

Lepper, Martin

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 26.04.2019 form- und fristgerecht erfolgt ist. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Strübbe weist auf die nachgesandte Anfrage der AfD Kreistagsfraktion hin, die als Tagesordnungspunkt 8 behandelt wird. Einwendungen dagegen gibt es nicht.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es werden keine Fragen gestellt.

2.	Bericht über die Arbeit der Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf	065/2019
-----------	---	-----------------

Frau Heisener und Frau Lensing-Schlautmann stellen die Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf anhand einer Präsentation vor (s. Anlage 1). Die Beratungsstelle ist vor 45 Jahren eingerichtet worden.

Frau Heisener berichtet, dass die Beratungsgespräche i. d. R. im Rahmen von Hausbesuchen stattfinden, jedoch auch offene Sprechstunden angeboten werden. Überwiegend melden sich die Eltern, wenn die kindliche Entwicklung anders verlaufe als bei den meisten Kindern. Die Beratungsstelle werde oft von anderen Eltern, Kinderärzten oder Erziehern empfohlen.

Die Beratung werde für Kinder von 0 – 18 Jahren angeboten, wobei der Schwerpunkt auf den Kindern im Vorschulbereich und Grundschulkindern liege.

Wichtig sei eine gute Information der Eltern, damit diese eine Entscheidung über die Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten treffen könnten.

Auf Nachfrage von Frau Hohmann de Palma zur Dauer der Begleitung der Eltern teilt Frau Heisener mit, dass dieses immer im Einzelfall von den Kindern und Eltern abhänge und daher von kurzer Zeit bis über mehrere Jahre dauern könne.

Frau Lensing-Schlautmann ergänzt, dass sich der Beratungsverlauf aus dem Erstkontakt und damit entstehenden Themen und Rahmenbedingungen und ggf. bestehenden Problemen ergebe. Beratung und Förderung des Kindes würden in der Regel gut angenommen, da es sich nicht um Ratschläge zur Erziehung handele.

Frau Lensing-Schlautmann gibt einen Ausblick auf das nächste Jahr und teilt mit, dass die Neufälle in der Frühförderung dem 01.01.2020 vom LWL übernommen werden. Inwieweit es in diesem Zusammenhang Kooperationen zwischen LWL und Kreis geben werde, sei noch offen.

Frau Klausmeier ergänzt, dass der Kreis im Hinblick auf die neuen Zuständigkeiten in Gesprächen mit dem LWL sei. Sie habe Sorge, dass das bisherige gute Angebot nach Übernahme durch den LWL nicht beibehalten werden könne. In Gesprächen habe der LWL jedoch signalisiert, dass er die Angebote vor Ort nutzen möchte, aktuell sehe sie gute Chancen für eine Kooperation.

Frau Klausmeier teilt abschließend mit, dass in der nächsten Sitzung seitens des LWL zum AG - BTHG berichtet werden solle.

An der Aussprache zum Bericht von Frau Heisener und Frau Lensing-Schlautmann beteiligen sich Herr Strübbe, Herr Blömker und Frau Schmelter.

3. Jobcenter Kreis Warendorf Sachstandsbericht	063/2019
---	-----------------

Herr Dr. Seidel gibt einen allgemeinen Sachstandsbericht (u. a. Bedarfsgemeinschaften, erwerbsfähige Leistungsberechtigte, Langzeitleistungsbeziehende) und berichtet zum Projekt Rehapro sowie zum Teilhabechancengesetz (s. Präsentation Anlage 2). Er weist besonders auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB II hin. Diese habe mit 2,9 % im März 2019 den niedrigsten Stand seit Beginn der Option in 2012 und darüber hinaus erreicht. Zu den langzeitleistungsbeziehenden Flüchtlingen weist er darauf hin, dass hier viele seit 23 Monaten im Bezug von SGB II-Leistungen sind. Die Zahl der langzeitleistungsbeziehenden Flüchtlinge werde im weiteren Jahresverlauf weiter zunehmen. Mittelfristig erwarte er aber eine gegenläufige Entwicklung, sobald von diesen die deutsche Sprache besser beherrscht werde.

Herr Dr. Seidel berichtet erneut über den Verfahrensstand zu den Forderungen des Jobcenters gegenüber Verpflichtungsgebern nach § 68 Aufenthaltsgesetz. Bund und Länder hätten sich nunmehr geeinigt, und es gebe einen Erlass des Bundes, von den Erstattungsforderungen gegen die Verpflichtungsgeber abzusehen. Die Verpflichtungsgeber im Kreis Warendorf würden daher in Kürze einen Bescheid erhalten, dass sie nicht in Anspruch genommen werden.

Herr Dr. Seidel teilt mit, dass der gemeinsame Projektantrag der Jobcenter im Münsterland und der Stadt Hamm für das Modellprojekt Rehapro abgelehnt wurde. Es sei nach derzeitigem Stand vorgesehen, sich mit Münsterlandpartnern zum dritten Förderaufruf, voraussichtlich im April 2020, zu bewerben. Das Antragsverfahren werde weiterhin als unglücklich und intransparent empfunden, so dass sich die Begeisterung des Jobcenters für das Projekt deutlich abkühle.

Frau Riveiro Vega erkundigt sich hinsichtlich des Teilhabechancengesetzes, welche Branchen die Förderung nach den §§ 16 i und 16 e SGB II in Anspruch nehmen. Herr Dr. Seidel berichtet, dass dieses u. a. Schrotthandel, Metallbauer und auch ein Steuerberater seien. Wenn mehr Daten hierzu vorliegen werde darüber im Ausschuss dezidiert berichtet.

Herr Dr. Seidel weist abschließend erneut darauf hin, dass das Eingliederungsbudget für 2019 in Höhe von 13,3 Mio. € (gegenüber 8 Mio. € in 2018 und gleichzeitig rückläufigen Bedarfsgemeinschaften gegenüber 2018) ggf. nicht ausgeschöpft werde. Wesentlich sei für das Jobcenter des Kreises Warendorf nicht die vollständige, sondern die sinnvolle Mittelverwendung. Die Prognose für 2019 belaufe sich derzeit auf eine Inanspruchnahme von rd. 90% der Mittel.

Zur Nachfrage von Frau Geiger zur Inbetriebnahme des Amazon-Werkes in Oelde teilt Herr Dr. Seidel mit, dass Amazon noch keinen Zeitpunkt benannt habe.

An der Aussprache zum Bericht von Herrn Dr. Seidel nehmen Frau Hohmann de Palma und Herr Blömker teil.

4.	Jobcenter Kreis Warendorf Tätigkeitsbericht aus dem Sachgebiet Passive Leistung	064/2019
-----------	--	-----------------

Frau Schlicker gibt einen Tätigkeitsbericht aus dem Sachgebiet Passive Leistung (s. Präsentation Anlage 3). Sie erläutert

- die Organisation des Sachgebietes,
- den gesetzlichen Auftrag,
- die Komplexität des Rechtsgebiets und der Prozessabläufe sowie
- Zahlen und Daten des Jahres 2018.

Auf Nachfrage von Frau Strecker weist Frau Schlicker darauf hin, dass Rückforderungen von den Leistungsberechtigten möglichst vermieden werden sollen, ggf. würden aber Erstattungsansprüche geltend gemacht.

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich zu möglichen Problemen mit den Hilfeempfängern.

Frau Schlicker erklärt dazu, dass es gelegentlich Probleme gebe, aber in geringem Maße.

Herr Blömker erkundigt sich danach, für wie viele Fälle die Sachbearbeiter im Jobcenter zuständig seien.

Frau Schlicker teilt mit, dass der Schlüssel bei 1 : 130 Fällen liege. Davon abgewichen werde im Team 1 in Ahlen mit 1 : 110 Fällen und beim Team Selbständige mit 1 : 75 Fällen.

5.	Sozialhilferechtliche Behandlung von Bestattungsvorsorge- verträgen	068/2019
-----------	--	-----------------

Frau Röttger, Leiterin des Sachgebietes Pflege im Sozialamt, berichtet anhand einer Präsentation (s. Anlage 4) zur Berücksichtigung einer angemessenen Bestattungsvorsorge bei der Gewährung von Sozialhilfe.

Sie weist darauf hin, dass die Spanne der ausgewerteten Bestattungskosten bei 1.000 € bis 9.000 € lag. Mit einer geschützten Höhe von 6.000 € für eine Bestattung könnten 92 % der Fälle abgedeckt werden.

Frau Middendorf ergänzt, dass der Betrag für die Bestattungsvorsorge auch für die Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gelte (3. und 4. Kapitel SGB XII).

Herr Blömker erkundigt sich, ob Kosten der Grabpflege in dem Betrag von 6.000 € enthalten seien oder dieses Aufgabe der Familie sei.

Frau Röttger erklärt, dass die Bestattungsvorsorge bis zum Betrag von 6.000 € individuell gestaltet werden und daher auch Grabpflege enthalten könne. Sie weist auf die Möglichkeit hin, das Grab pflegeleicht zu gestalten.

6.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Aufnahme von Tagesordnungspunkten für den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Kreises Warendorf	058/2019
-----------	---	-----------------

Herr Blömker begründet die Anträge zur Vorstellung des Projektes „Psychosoziales Traumazentrum für Flüchtlinge“ (PTZ Ahlen) und einen Bericht der Verbraucherzentrale für den Kreis Warendorf.

Frau Dr. Lehnert befürwortet den Bericht der Verbraucherzentrale. Einen Bericht des Traumazentrums sieht sie kritisch, da die Bedarfslage unklar sei. Vorab wäre ein Info durch die Verwaltung sinnvoll, wie die Aufgabe bisher abgedeckt wird.

Herr Dr. Hückelheim erläutert, dass im Rahmen der Erstellung des Flüchtlingskonzeptes für den Kreis Warendorf die Versorgung von Flüchtlingen mit psychischen Störungen (PTBS, Sucht, etc.) Thema in einer Untergruppe der Arbeitsgruppe „Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen im Kreis Warendorf“ war. Der Aufbau eines psychosozialen Zentrums im Kreis Warendorf wurde nach ausgiebiger Diskussion nicht als Ziel in das später verabschiedete Flüchtlingskonzept des Kreises Warendorf aufgenommen. Auch die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft im Kreis Warendorf habe sich gegen den Aufbau eines Traumazentrums im Kreis Warendorf ausgesprochen.

In der Fortbildungsveranstaltung „Flucht, Trauma, Sucht“ am 04.12.2017 im Kreishaus in Warendorf habe die Referentin Frau Dr. Golsabahi-Broclawski, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie und Leiterin des Instituts für transkulturelle Medizin in Bielefeld, die Auffassung vertreten, Traumazentren seien allenfalls nur vorübergehend für die Versorgung psychisch erkrankter Flüchtlinge notwendig.

Das Angebot des PTZ stellt eine Ergänzung des therapeutischen Angebots für geflüchtete Menschen mit Traumafolgestörungen im Kreis Warendorf dar. Die Erfahrungen des Gesundheitsamtes mit diesem Angebot seien allerdings sehr gering, führt Herr Dr. Hückelheim aus.

Das Gesundheitsamt gebe zu Anträgen auf medizinische Leistungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) eine gutachterliche Stellungnahme ab, Anträge aus dem Bereich Neurologie sowie Psychiatrie/Psychotherapie würden durch den Facharzt des Sozialpsychiatrischen Dienstes bearbeitet.

In den vergangenen Jahren lagen die Fallzahlen bei 29 (in 2015), 72 (2016), 64 (2017), 38 (2018) und 4 Fällen in diesem Jahr (Stand 07.05.2019).

Es sei überwiegend die ambulante Vorstellung der Betroffenen beim niedergelassenen Facharzt für Psychiatrie/Neurologie beantragt worden, nur in wenigen Einzelfällen direkt eine Psychotherapie. In über 90 % der Fälle wurden die Anträge direkt positiv beschieden, der Rest erst nach Vorlage weiterer Unterlagen/Befundberichte.

Erfahrungen des Gesundheitsamtes, insbesondere des Sozialpsychiatrischen Dienstes, in der praktischen Zusammenarbeit mit dem PTZ bestünden nur in sehr geringem Umfang. Seit Bestehen des PTZ in Ahlen sei ihm nur ein Psychotherapie-Antrag

im Rahmen des AsylbLG zur Beurteilung vorgelegt worden, teilt Herr Dr. Hückelheim mit.

Er weist darauf hin, dass darüber hinaus im Kreis Warendorf etablierte niedrighschwellige Hilfsangebote bestehen, die auch der betroffenen Zielgruppe zugänglich sind: Beratung und Unterstützung durch den Sozialpsychiatrischen Dienst und die Kontakt- und Beratungsstelle, die Suchthilfe und durch Selbsthilfegruppen. Ein großes Problem stelle jedoch die sprachliche Kommunikation dar.

Als effektivste Therapiemaßnahme für die betroffene Personengruppe sieht Herr Dr. Hückelheim eine gut funktionierende Integration in die Gesellschaft an, u. a. durch Sprache, Wohnen, soziales Umfeld, Arbeit, Freizeitgestaltung und selbstbestimmter Planung der eigenen Zukunft.

Mit zunehmender Integration der Flüchtlinge werde man mittel- und langfristig mit einer psychischen Stabilisierung der Betroffenen und folglich mit einer Abnahme der Zahl psychotherapiebedürftiger Kranker rechnen können, so dass dann auch die bestehenden Versorgungsstrukturen für die Behandlung der betroffenen Personengruppe ausreichend sein dürften.

Abschließend stellt Herr Dr. Hückelheim fest, dass offenbar kein Bedarf an einem psychosozialen Traumazentrum bestehe, allenfalls als Übergangslösung. Es sei ein ausreichend breites Spektrum an Angeboten vorhanden.

Herr Blömker erklärt, dass nicht die Erforderlichkeit der Einrichtung zur Debatte stehe. Die Erfahrungen des PTZ zur Flüchtlingsgeschichte seien Hintergrund der Anfrage.

Frau Aydemir berichtet, dass die Kolleginnen im PTZ wegen hoher Fallzahlen Unterstützung benötigen.

Herr Strübbe lässt über die beiden Anträge der SPD Kreistagsfraktion abstimmen:

Antrag auf Vorstellung des Projektes „Psychosoziales Traumazentrum für Flüchtlinge“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	7 Stimmen
Nein	8 Stimmen
Enthaltung	1 Stimme

Antrag auf einen Bericht der Verbraucherzentrale für den Kreis Warendorf:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	15 Stimmen
Nein	0 Stimmen
Enthaltung	0 Stimmen

An der Diskussion zu den Anträgen beteiligen sich Herr Strübbe und Frau Hohmann de Palma.

7.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erstellung eines Sozialberichtes für den Kreis Warendorf	078/2019
-----------	--	-----------------

Frau Hohmann de Palma begründet den Antrag und verweist auf die Statusindikatoren des Sozialmonitorings der Stadt Hamburg.

Frau Geiger erkundigt sich nach der Zielsetzung des Antrages.

Frau Hohmann verweist auf den Ennepe-Ruhr-Kreis, dieser habe bei der Erstellung seines Sozialberichtes den Kreis in Quartiere eingeteilt und könne jetzt gezielter eingreifen, wenn dieses erforderlich sei. Möglichkeiten der Quartiersbildung gebe es z. B. für ältere Menschen, arme Menschen oder den schulischen Bereich.

Herr Dr. Seidel erkundigt sich nach dem Mehrwert der Erhebungen. Es werde eine Vielzahl von Daten erhoben, z. B. sei bekannt wo es soziale Brennpunkte gebe. Er verweist auf den Fallzahlenschlüssel des Teams Ahlen I. Aus Sicht des Jobcenters sei eine gute Datenbasis vorhanden, um zielsicher zu handeln und um eine ganzheitliche Versorgung sicherzustellen.

Herr Hövelmann sieht im Quartier eine gewachsene Struktur, keinen Stadtteil. Es handele sich eher um eine Aufgabe der Kommunen. Ansonsten sei die Aufstellung eines Sozialentwicklungsplanes eher eine Frage auf Kreistageebene, nicht für den Ausschuss.

Frau Klausmeier sieht das Sozialmonitoring ebenfalls eher als Aufgabe der Städte und Gemeinden an. Die Stadt Ahlen sei bereits aktiv bei der Einteilung in Quartiere. Die Erstellung eines Sozialberichtes würde einen großen Aufwand bedeuten, wichtig wäre daher eine genaue Zielsetzung.

Frau Strecker erläutert, dass die Zielsetzung im Zusammenwirken von Jobcenter, Jugendamt und Sozialamt erarbeitet werden solle. Wichtig sei, dass die erforderlichen Hilfen dort ankämen, wo sie gebraucht würden.

Herr Strübbe verweist darauf, dass im Haushalt 2019 für die Erstellung eines Sozialberichtes kein Personal vorgesehen sei.

Herr Blömker stellt den Antrag, die Entscheidung über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu vertagen.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD Kreistagsfraktion auf Vertagung der Entscheidung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	5 Stimmen
Nein	10 Stimmen
Enthaltung	0 Stimmen

Herr Strübbe lässt über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erstellung eines Sozialberichtes für den Kreis Warendorf abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Stimmen

Nein 9 Stimmen

Enthaltung 3 Stimmen

8.	Anfrage "Genitalverstümmelung" Mai 2019 der AfD Kreis- tagsfraktion	080/2019
-----------	--	-----------------

Herr Steinkolk verweist auf die Anfrage der AfD Kreistagsfraktion zur Genitalverstümmelung vom 03.05.2019.

Frau Klausmeier beantwortet die Anfrage.

Frage 1:

Welche Maßnahmen und Aufklärungskampagnen bieten Jugendamt und/oder Gesundheitsamt an, um über die Rechtswidrigkeit der Genitalverstümmelung aufzuklären?

Antwort:

Bisher hat es noch keine Nachfrage nach einer Beratung zum Thema „Genitalverstümmelung“ beim Amt für Kinder, Jugendliche und Familien oder beim Gesundheitsamt gegeben. Vor diesem Hintergrund wurde bislang kein besonderes Angebot geschaffen.

Sollten sich aber betroffene Frauen und Mädchen in einer solch schwierigen Lebenssituation an den Kreis Warendorf wenden, stehen die Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien und des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes sofort für eine Beratung zur Verfügung.

Frage 2:

An welche kommunale Stelle können sich Zuwanderinnen wenden, wenn sie Opfer einer Genitalverstümmelung geworden sind?

Antwort:

S. Antwort zu Frage 1

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.40 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Brigitte Klausmeier
Schriftführer